

Flörsheimer Zeitung

Anzeiger f. d. Rheingau Rheingauzeitung Flörsheimer Anzeiger

Erscheint: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illustr. Beilage) Druck u. Verlag sowie verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Flörsheim a. Rh., Schulstraße. Telefon Nr. 59. Postfachkonto 168 67 Frankfurt.



Anzeigen kosten die 6gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pfennig. Kleinen die 6gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 30 Pfg. Der Bezugspreis beträgt 1.— RM. Bei Postbezug 1.50 RM.

Donnerstag, den 20. Mai 1926

30. Jahrgang

Nummer 55.

Neues vom Tage.

Reichskanzler Dr. Marx hat dem Reichstagsabgeordneten Hermann Müller-Franken zu seinem 50. Geburtstag telegraphisch Glückwünsche der Reichsregierung ausgesprochen.

Im Preussischen Landtag wurde heute der Antrag gegen die Entlassung der Reichsnationalen und der Kommunisten angenommen.

Oberst A. D. v. Lutz, der in der Nacht vom 11. zum 12. Mai von der Berliner Polizei festgenommen worden war, hat gegen den Polizeipräsidenten von Berlin, Dr. Friedensburg, Strafantrag wegen Freiheitsberaubung gestellt.

Der Senat der Stadt Hamburg hat sich dem Einspruch der Reichsregierung angeschlossen, nach dem die neue Flaggenordnung gemäß Artikel 67 der Reichsverfassung vor ihrem Inkrafttreten vom Reichsrat hätte behandelt werden müssen.

Der deutsch-estnische Konsularvertrag ist von dem estnischen Parlament ratifiziert und in dem estnischen Staatsanzeiger vom 18. April 1926 veröffentlicht worden. Der Vertrag liegt zurzeit dem Deutschen Reichstag zur Beschlussfassung vor.

Der deutsch-spanische Handelsvertrag ist vom Reichstag angenommen worden.

Das amerikanische Bankhaus Morgan hat die Summe von vier Millionen Franken für das französische Notopfer zur Amortisierung der schwebenden Schuld gestiftet.

Deutschland und die Weltabrüstung.

Auf der Abrüstungskonferenz in Genf hat der deutsche Delegierte, der frühere Vizepräsident in Washington, Graf Helldorf, Gelegenheit genommen, genau den Standpunkt Deutschlands zu der Frage der Weltabrüstung darzulegen.

Regierung und öffentliche Meinung in Deutschland haben so führte Bernstorff aus — mit Interesse und Sympathie die Versuche des Völkerbundes zur Herabsetzung oder Beseitigung der Rüstungen verfolgt. Wenn diese Versuche bis jetzt noch kein Ergebnis gehabt haben, so hoffen wir, daß diese Konferenz eine neue Ära einleitet, in der keine Rüstung mehr vorhanden, sondern lediglich ein friedlicher Wettbewerb der Völker auf kulturellem Gebiet. Das rege Interesse, das man in Deutschland der Abrüstungsfrage entgegenbringt, hat politischen, militärischen und wirtschaftlichen Charakter. Aus politischen Gründen muß für die Zukunft die Vermeidung eines neuen Krieges angestrebt werden. Ebenso erfordert dies die Abrüstung, weil die Geschichte uns lehrt, daß übermäßige Rüstungen immer zu Kriegen führen. Aus Gründen der wirtschaftlichen Lage wird niemand bezweifeln, daß unter der Last des letzten Krieges verarmtes Volk keine schweren Rüstungen mehr tragen kann.

In der Präambel zum Teil 5 des Vertrages von Versailles geht dem die Abrüstung betreffenden Kapitel eine Erklärung voraus, daß diese Maßnahme zur Ermöglichung einer allgemeinen Abrüstung getroffen wird, und bekanntlich haben am 16. Juni 1919 die Vertreter Deutschlands und der alliierten Mächte einen Schriftwechsel geführt, daß die Abrüstung Deutschlands ein vorläufiges Ziel zu einer planmäßigen allgemeinen Abrüstung sein soll, wie dies auch ausdrücklich durch das Protokoll von Locarno vorgesehen ist.

Auf Grund der erwähnten Vereinbarungen hat das deutsche Volk vollkommen abgerüstet, und seine Streitkräfte reichen zur Garantie einer nationalen Sicherheit im Sinne des Artikels 8 des Völkerbundespaktes nicht mehr aus, eine Vereinbarung, die andererseits alle Mitglieder des Bundes zur Abrüstung verpflichtet. Unser Ziel wird erreicht werden können, wenn der gute Willen aller Regierungen, die Formel zu finden, die die Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen ermöglichen soll.

Dieses Ziel wird nach unserer Ansicht um so leichter zu erreichen sein, je mehr die Vertreter die Zahl der zu behandelnden Fragen begrenzen. Der uns vorgelegte Fragebogen behandelt viele und sehr interessante Fragen, die aber nicht alle für die Lösung des Problems unbedingt erforderlich sind. In allen Erörterungen des Völkerbundes spielen Sicherheit, Schiedsgericht und Abrüstung eine große bedeutende Rolle. Die Fragen, Sicherheit und Schiedsgericht sind wesentlich gefördert worden. Es ist jetzt der Zeitpunkt zur Erreichung einer allgemeinen Abrüstung gekommen. Die Initiative der deutschen Regierung, die zum Locarno-Abkommen geführt hat, bezeichnet unsere Außenpolitik. Diese ist vollständig vom Geiste des Vertrages von Locarno getragen. In dem gleichen Geiste müssen wir an die Lösung der Abrüstungsfrage herantreten, der wichtigsten Frage, die der Völkerbund jemals zu lösen haben wird. Ohne Abrüstung wird der Völkerbund niemals erfolgreich arbeiten können.

So lange gerüstete Völker anderen gegenüberstehen, deren Rüstungen nicht einmal zur eigenen Sicherheit ausreichen, wird die Durchführung der Völkerbundsabmachungen erheblichen Schwierigkeiten begegnen. Deutschland, das seine Verpflichtungen zur Abrüstung vollständig erfüllt hat, darf mit gutem Grunde erwarten, daß die anderen Nationen ihm auf diesem Wege folgen werden, woraus sich für Europa, so für die ganze Welt eine fortwährende dauernde Befriedung und gegenseitiges Vertrauen ergeben wird.

Einige sprangen von den Sitzen auf und riefen: „Das ist geradezu unerhört!“ Der Abgeordnete Kuhn antwortete wieder mit heftigen Gegenrufen. Es herrschte minutenlange Erregung im Saal. Der Vorsitzende, Abgeordneter Dr. Philipp (Dntl.) griff beschwichtigend ein und stellte fest, daß die Beteiligung an den Verhandlungen durch die als Gäste anwesenden Reichstagsabgeordneten weder erwünscht noch zulässig sei.

Politische Tagesschau.

Sozialdemokraten und Flaggenfrage. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beabsichtigt, zur Flaggenfrage einen Antrag einzubringen, dessen Ziel dahin gerichtet ist, daß die deutschen Missionen im Ausland nur die schwarz-rot-goldene Flagge zu hissen haben. Die Formulierung des Antrages ist aber noch nicht erfolgt.

Die Stärke der europäischen Heere. Nach einer Statistik des Völkerbundssekretariats ist das Stärkeverhältnis der europäischen Armeen folgendes: Europa hat alles in allem 2 623 000 Mann unter den Waffen, während es 1913 4 166 000 hatte. Deutschland hat auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrages die größten Einschränkungen vorgenommen (95 000 Mann statt 815 000), Rußland 562 000 statt 1 200 000, Frankreich 641 000 statt 873 000, Italien 230 000 statt 275 000. Die „Information“ stellt an Hand der Statistik fest, daß nur Großbritannien und die Vereinigten Staaten ihren Heeresbestand vermehrt haben.

Der Bismarckzwang zwischen Deutschland und Dänemark aufgehoben. Der Bismarckzwang zwischen Dänemark und Deutschland ist vom 18. Mai ab aufgehoben. Jeder deutsche Staatsangehörige kann von diesem Tage an frei nach Dänemark einreisen, nur muß er im Besitz eines gültigen deutschen Reisepasses sein.

Die deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen werden am kommenden Dienstag, 25. Mai, wieder aufgenommen werden und zwar in Bern, wohin sich die deutsche Delegation mit den Vertretern der Einzelstaaten begeben wird. Schweizerischerseits wird betont, daß zwar in wichtigen Gesichtspunkten bereits eine Einigung erzielt worden sei, daß jedoch in anderen Fragen noch große Differenzen bestünden. Auch die Frage des Grenzverkehrs sei bisher noch nicht zur Sprache gekommen. Nichtsdestoweniger hofft man, daß in den kommenden Berner Verhandlungen der Abschluß erzielt werden wird.

Brasilien und die Ratsitze. Nach einer Meldung aus Genf haben nach Abschluß der Beratungen des Prüfungsausschusses über die Zusammenfassung des Völkerbundsstats noch Besprechungen zwischen dem Vizepräsidenten von Gösch und dem brasilianischen Vertreter Montarroyos stattgefunden. Montarroyos hat kurz vor der Abreise des deutschen Vizepräsidenten diesen aufgesucht und ihm über die brasilianische Haltung in der Ratsfrage im Auftrag seiner Regierung Mitteilungen gemacht, die den durch die letzten Erklärungen des brasilianischen Vertreters bereits hervorgerufenen günstigen Eindruck von den Absichten Brasiliens hinsichtlich seiner zukünftigen Haltung zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbundstat noch wesentlich zu bekräftigen geeignet sind. Bei der Abfahrt des Vizepräsidenten aus Genf war der brasilianische Vertreter auf dem Bahnhof anwesend, um sich von Herrn v. Gösch zu verabschieden.

Weitere Vollmachten für die spanische Regierung. Die Madrider Presse veröffentlicht eine königliche Verordnung, nach der angesichts der trotz der langen Diktatur noch herrschenden besonderen Umstände die Regierung ermächtigt wird, außerhalb des gesetzlichen Rahmens jeden Augenblick Disziplinarstrafen nach dem Ermessen des Ministerrats zu verhängen. Alle konstitutionellen und gesetzlichen Vorschriften, die der Verordnung entgegenstehen, werden als aufgehoben erklärt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 19. Mai.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Nachtragsetats.

Abg. Schmidt-Stettin (Dntl.) berichtet über die Ausfühungsverhandlungen. Der Nachtragsetat enthält u. a. auch die Forderung von 1 1/2 Millionen als Anteil des Reiches an den Kosten der Durchführung des Eintragungsverfahrens bei dem Volksbegehren auf Enteignung der Fürstendörfer.

Abg. Neubauer (Komm.) lehnt den Nachtragsetat ab. Der Nachtragsetat für 1925 wird dann in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Angenommen wird eine Entschädigung, die die Reichsregierung ersucht, im Nachtragsetat für 1926 zugunsten der Frankfurter Lohnempfänger, die im Saargebiet arbeiten und in den deutschen Grenzgebieten wohnen, 1,5 Millionen Mark einzusetzen und bereits jetzt vorschussweise auszusahlen.

Das Haus vertagt sich. Der Präsident beruft sofort eine Sitzung ein, die dreiviertel Stunden später beginnen soll. Auf der Tagesordnung steht nur die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Schluß 12 Uhr.

Zu den Putschmaßnahmen.

Eine Erklärung des Berliner Polizeipräsidenten.

Der Polizeipräsident von Berlin, Dr. Friedensburg, veröffentlicht eine Verteidigung gegen die Vorwürfe, die der preussischen Polizei wegen ihrer Maßnahmen in der letzten Woche gemacht worden sind. Dr. Friedensburg führt an, daß die Hausdurchsuchungen der Polizei nach § 102 der Strafprozessordnung berechtigt waren, weil einmal der Verdacht einer strafbaren Handlung bestand, und zweitens Gefahr im Verzuge war.

Der preussischen Polizei sei bereits seit längerer Zeit bekannt gewesen, daß im Schoße bestimmter radikaler Organisationen Maßnahmen erwogen wurden, den häufigen Regierungen durch Anfechtung einer zunächst scheinbar verfassungsmäßig einzuleitenden Diktatur ein Ende zu setzen, die Weimarer Verfassung endgültig abzuschaffen und zu diesem Zweck, wenn erforderlich, durch Ausbeutung gewisser Verbände auch andere Machtmittel anzuwenden.

Die Bestrebungen wurden plötzlich auch in Einzelheiten dadurch genauer aufgeklärt, daß hochgestellte Privatpersonen, die offenbar aus wirtschaftlichen Gründen anfänglich an den Plänen beteiligt waren, in Gewissensnot die für Staat und Volk drohende Gefahr abzuwenden versuchten. Damit sei der Verdacht unzweifelhaft und ernsthaft begründet gewesen, daß sich die Beteiligten des Unternehmens des Hochverrats schuldig machten. Nach der pflichtgemäßen und übereinstimmenden Überzeugung der in Frage kommenden Dienststellen habe eine ernsthaft Gefahr vorgelegen, die sich auch durch das aufgesandene Material über Erwarten deutlich bestätigt habe.

Ein deutschnationaler Protest.

Im Preussischen Landtag ist ein deutschnationaler Antrag eingegangen, der das Staatsministerium ersucht, den von der Durchsuchung durch die Polizeibehörden betroffenen Persönlichkeiten Genugtuung zu verschaffen und die für die widerrechtlichen Handlungen verantwortlichen Beamten zur Rechenschaft zu ziehen.

Der Frankensturz.

Gegenmaßnahmen der französischen Regierung.

Wie aus Paris gemeldet wird, ist der Eindruck des Misserfolges der Londoner Verhandlungen durch den katastrophalen Frankensturz vollkommen verdrängt worden. Allgemein wird die Ansicht vertreten, daß das Scheitern der Verhandlungen in keinem direkten Zusammenhang mit der Frankendentwertung stehe, daß vielmehr die italienische Spekulation maßgeblichen Einfluß ausgeübt habe.

Die Direktoren des Finanzministeriums versuchten, beruhigend auf die Presse einzuwirken. Sie wiesen darauf hin, daß die Krise durch den Stand der Staatsfinanzen nicht gerechtfertigt sei, daß vielmehr die Vorräte des Staatsschatzes vollkommen zur Deckung der am 20. Mai fälligen Bonds der Nationalen Verteidigung ausreichten. Die technischen Stellen wiesen weiter darauf hin, daß die Nachfrage nach fremden Devisen nur sehr gering gewesen sei und das Fehlen jeden Angebots in Dollar und Pfund den Markt nervös gemacht habe. Die französischen Kaufleute, die nach dem Abkommen mit Amerika auf eine Besserung des Francs gehofft hatten, haben in den letzten Tagen Masseneinkäufe gemacht.

Auch die Kreise, die der Wirtschaft fernstehen, beginnen, sich ihrer Franken, deren raschen Entwertung sie befürchten, zu entledigen. Die Direktoren des Finanzministeriums haben sich dauernd mit dem Finanzminister in London in telephonischer Verbindung gehalten. Die Maßnahmen zur Kontrolle der Devisengeschäfte und für die Verhinderung der Kapitalflucht sollen sofort zur Anwendung kommen.

In den Dienststellen des Finanzministeriums werden weiter die Pläne für die Einrichtung einer Devisenzentrale ausgearbeitet, die baldigste Wirksamkeit haben soll. Auch Briand hat sich mit dem Finanzminister telephonisch über die Frankentatastrophe unterhalten.

Der Untersuchungsausschuß über den Zusammenbruch

Ein Zwischenfall.

Im Reichstagsuntersuchungsausschuß über den Zusammenbruch von 1918 kam es während des Referates des Abgeordneten Brüninghaus (D. Vp.) zu heftigen Auseinandersetzungen. Der Redner hatte mehrmals darauf hingewiesen, daß der Abgeordnete Dittmann (Soz.) als Berichterstatter Altensätze einseitig und mit bestimmter Tendenz hergestell habe.

Darüber wurden bei den Abgeordneten der Rechten, die als Zuhörer anwesend waren, Entrüstungsäußerungen laut, denen der Abgeordnete Kuhn (Soz.) mit scharfen Zwischenrufen antwortete. Als der Abgeordnete Brüninghaus hervorhob, daß Dittmann Ausführungen des Kriegsgerichtsrates Dr. Voelck enthielt, die wiedergegeben habe, entstand lebhaftige Unruhe bei den Abgeordneten der Rechten.

Die Regierungserklärung.

Auf der Tagesordnung der zweiten Sitzung steht als einziger Punkt die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Die Regierungsparteien haben dazu einen Antrag eingebracht, der besagt: „Der Reichstag nimmt von der Erklärung der Reichsregierung Kenntnis und geht über alle Anträge zur Tagesordnung über.“ Das Wort erhält sofort

Reichskanzler Dr. Marx:

„Die Reichsregierung, die am heutigen Tage der deutschen Volksvertretung vorgestellt ist, setzt sich mit Ausnahme des Kanzlers aus denselben Männern zusammen wie das Kabinett Luther. Reichskanzler Dr. Luther ist aus unserer Mitte geschieden. Ueber drei Jahre hat er seine ganze außerordentliche Kraft in den Dienst des Reiches und des Volkes gestellt. Zunächst als Ernährungsminister, dann als Finanzminister und seit Januar 1925 als Reichskanzler hat er bei außerordentlich bedeutungsvollen Ereignissen auf die äußere und innere Gestaltung Deutschlands entscheidend eingewirkt. Seine Kanzlerschaft wird ihren Wert in der Entwicklung der Geschichte behalten. Marksteine seiner erfolgreichen Tätigkeit sind London und Locarno, wo unter seiner Anteilnahme Verhandlungen stattfanden, die zur Sicherung des Völkerrfriedens, zur politischen und wirtschaftlichen Förderung Deutschlands ein gutes Stück Weg weitergeführt haben. Es ist mir ein Vergnügen, auch an dieser Stelle die Anerkennung der aufopfernden, selbstlosen und unermüdeten Tätigkeit des Reichskanzlers Dr. Luther zum Ausdruck zu bringen.“

Ich glaube mit der Meinung vieler Kreise dieses hohen Hauses übereinzustimmen, wenn ich annehme, daß bei der Zusammenfassung des neuen Kabinetts eine eingehende und umfassende Regierungserklärung nicht erforderlich erscheint. Deshalb will ich mich auf wenige Worte beschränken. Das Kabinett wird die bewährte Außenpolitik des Reiches weiterführen. Diese Politik, die mit der Regelung der Reparationsfrage in London begann, sollte ihren Abschluß in den Verträgen von Locarno finden. Wir hoffen, daß die Verhandlungen der Studentenkommision in Genf dazu führen werden, die Locarno-Verträge bald endgültig in Kraft zu setzen und Deutschland die Möglichkeit zu geben, als gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes an dessen großen Aufgaben mitzuarbeiten. Der zwischen Deutschland und der Sowjetregierung abgeschlossene Vertrag fügt sich durchaus in diese Politik ein. Er ist ein Ausdruck der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und seinem großen östlichen Nachbarvolke und ein weiteres Glied in der Reihe der Verträge, die dem Frieden und der Festigung Europas dienen können.

Schwere wirtschaftliche Not, die sich insbesondere in der lang andauernden und außerordentlichen, umfangreichen Arbeitslosigkeit bemerkbar macht, lastet auf uns. Hier Abhilfe zu schaffen, wird auch von der gegenwärtigen Regierung als vornehmste Pflicht betrachtet. Wenn ich nicht auf die Bedürfnisse und Wünsche der einzelnen Wirtschaftszweige und Berufsstände eingehen, so soll das nicht eine Geringschätzung darstellen. Wir werden ihnen bis zu den Grenzen des Möglichen entgegenzukommen stets bestrebt sein. Zwei Fragen allerdings erfordern nach meiner Meinung eine besondere Erwähnung. Der Grund liegt in den Ereignissen der letzten Wochen.

Ich weise zunächst auf den von der Mehrheit des Reichstages gefassten Beschluß hin, der

das Schreiben des Reichspräsidenten zur Flaggfrage

begrüßt und im Einklang mit diesem Schreiben den Wunsch nach Herbeiführung einer Einigung zu lebendigem Ausdruck bringt. Die Reichsregierung wird mit ganzer Kraft daran gehen, die Wege, die das Schreiben des Herrn Reichspräsidenten andeutet, einzuschlagen, um das durch jenes Schreiben gesteckte Ziel zu erreichen. Selbstredend wird hierdurch Bestand und Durchführung der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 5. Mai d. J., deren Rechtsgültigkeit nicht bezweifelt werden kann, in keiner Weise berührt. Ferner möchte ich die Frage der Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den vormalig regierenden Fürstenhäusern nicht unerwähnt lassen. Der Termin zum Volkentscheid ist auf den 20. Juni anberaumt worden. Die grundsätzliche Einstellung der Reichsregierung zu dem dem Volkentscheid unterbreiteten Gesetzentwurf über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten erleidet durch die Umbildung des Kabinetts keine Änderung.

Die Reichsregierung wird deshalb auch den Gesetzentwurf, den die frühere Regierung, gemäß einem Kompromißantrag der Regierungsparteien dem Reichsrat unterbreitet und den dieser in der

vorigen Woche mit der verfassungsmäßigen Mehrheit angenommen hat, dem Reichstag zur Weiterberatung zuleiten. Die Reichsregierung müsse den Reichstag um seine Unterstützung in ihrem Bestreben, auf der Grundlage der republikanischen Weimarer Verfassung, das Wohlergehen des deutschen Volkes in allen seinen Teilen zu fördern und die Einheit des Reiches unter gleichzeitiger Achtung der Lage der Länder zu schützen, ersuchen.

Die Regierungserklärung wurde im allgemeinen ruhig angenommen. Bei den Dankesworten an den bisherigen Reichskanzler Dr. Luther kam aus den Reihen der Deutschen Volkspartei lebhafter Beifall. Mit lauten Hör-Hör-Rufen der Kommunisten wurde die Erklärung aufgenommen, daß die Flaggverordnung unverändert bestehen bleibe. Am Schluß der Erklärung kamen Beifallskrufe aus den Reihen der Regierungsparteien.

Preussischer Landtag.

Berlin, 19. Mai.

Das Haus erledigt zunächst kleinere Vorlagen und befaßt sich dann mit der neuen

Hauszinssteuer

auf Grund des Initiativantrages der Regierungsparteien. Abg. Ailian (Komm.) lehnt die Vorlage als unsoziale Steuer ab.

Abg. Jacobshagen (Dnt.) lehnt sie gleichfalls ab und insbesondere die Bestimmung, daß ein Teil des Aufkommens für allgemeine Staatszwecke Verwendung finden soll.

Abg. Meyer-Solingen (Soz.) tritt diesen Ausführungen entgegen. Die Rechte sei schuld daran, daß die „Zwischenlösung“ mit ihren sehr ungünstigen Vorschriften gekommen sei.

Finanzminister Dr. Höppler-Mischoff macht auf die Notwendigkeit des Gesetzes aufmerksam. Die Regierungsparteien und die Kommunisten, die die Vorlage ablehnen, könnten eine tragfähige Regierung nicht bilden. Die Steuer sei für die Neubautätigkeit und auch für allgemeine Staatszwecke nicht zu entbehren. Daß die Belebung des Baumarcktes nicht in dem wünschenswerten Umfange eintrete, liege zunächst an der Höhe der Baukosten und nicht zuletzt an dem Mißtrauen der Gemeinden, daß sie nicht die genügenden Mittel von den Ländern erhalten würden. Das Reichsgesetz sei ein Rahmengesetz und enthalte lediglich das Gebot an die Länder, die Steuer in gewissem Sinne auszubauen. Der Vorwurf des deutschen nationalen Redners, die preussische Vorlage gehe über das Reichsgesetz hinaus, treffe nicht zu. Namhafte Reichsleiter hätten sich auch dahin geäußert, daß eine abgeänderte Vorlage sehr wohl durch einen Initiativantrag, der aus den Parteien heraus gestellt werde, wieder eingebracht werden könne. Die Regelung, die wir heute haben, sei unbestritten. Werde also der Entwurf nicht angenommen, so gelte sie ohne weiteres weiter.

Abg. Zadenborff (Wirtsch. Pgg.) legt die Gründe dar, aus denen heraus seine Partei die Hauszinssteuer ablehne. Vor allem müsse die Steuer dem Wohnungsbau zugute kommen. Selbst in der Regierung säßen sicher Leute, die überzeugt seien, daß das System, das sich in der Steuer auswirke, wirtschaftlich und deshalb unnützlich sei. Es müsse aus der Steuer, wenn sie angenommen werde, ein bestimmter Betrag für die Erhaltung des Altbestandes zur Verfügung gestellt werden. In das Gesetz müsse auch die Bestimmung hinein, daß die bisher gewerblich ausgenutzten Räume, die zu Wohnungen umgebaut würden, steuerfrei bleiben.

Handelsteil.

Berlin, 19. Mai.

— **Devisenmarkt.** Paris am Brüssel erreichten heute einen Tiefstand von je 175% gegen Vorher, erholten sich aber infolge von Interventionen bei Börsenbeginn auf 169 bzw. 165. Für ein Pfund wurden gestern noch 135 Rira, heute nur 128 bezahlt. Der Floh stellte sich gegen New York kaum verändert auf 42, das Pfund gegen New York auf 4,8655.

— **Effektenmarkt.** Die Börse eröffnete bei ruhigem Geschäft in behaupteter Haltung. Deutsche Renten bei ruhigen Umsätzen freundlich.

— **Produktenmarkt.** Es wurden gezahlt für 100 kg.: Weizen märk. 17.50—18, Roggen pommerger 18.70—20, inländische Gerste 16.90—18.20, Winter- und Futtergerste 19.70—20.80, Mais 10.50 Berlin 36.50—39.25, Weizenmehl 24.75—26.25, Roggenmehl 10.60 bis 10.75, Weizenkleie 11.50—10.80.

Frankfurt a. M., 19. Mai.

— **Devisenmarkt.** Im Devisengeschäft ist der neue Sturz der westlichen Frankendaluten bezeichnend. Die Pariser und die Brüsseler Pfundparität erreichten gleichmäßig im Frühverkehr einen Stand von 175.5. Die italienische Lira dagegen konnte sich

bis auf 130 in Pfundparität erholen. Auch das englische Pfund ist mit einem Gegenwert von 4,86% Dollar etwas niedriger als vorläufig.

— **Effektenmarkt.** Das Geschäft gestaltete sich wieder lebhaft, wobei größere Umsätze besonders in führenden Aktien zu verzeichnen waren. Vorbörslich etwa 1 Prozent niedriger, dieser Verlust später wieder aufgeholt, aber auch weiterhin lehrten diese Werte in schwankender Stimmung, konnten aber ihre feste Haltung behaupten. Deutsche Anleihen eher ruhiges Geschäft und leicht nachgebend. Auch die ausländischen Renten lagen still.

— **Produktenmarkt.** Es wurden gezahlt für 100 kg.: Weizen 29.50—29.75, Roggen 19—19.25, Sommergerste 22—24, Mais 23.50, Weizenmehl 41.75—42.25, Roggenmehl 23.75, Weizenkleie 9.50, Roggenkleie 11.

Aus aller Welt.

— **Zu den Unterschlagungen in Bad Aibling.** Die Unterschlagungen des Bezirksamts-Obersekretärs Reges in Aibling betragen nach den nunmehr abgeschlossenen Feststellungen insgesamt 109 000 Mark.

— **Ein wertvolles Holzlager niedergebrannt.** In Aibling (Thüringen) brach nachts in den beiden großen Lagerhallen der Innendekorationsfirma Schäfer Brand aus, der außerordentlich schnell um sich griff. Die beiden Lagerhallen mit ihrem wertvollen Inhalt völlig niedergebrannt, die Ursache ist außerst groß.

— **Hochwasser der Ruhr und der Wurm.** Infolge stark anhaltenden Regenfälle der letzten Zeit führen die Wurm und die Ruhr. Im Kreise Heinsberg sind die Wiesen und Wege auf weite Strecken überschwemmt. Die Dörfer sind vom Verkehr abgeschnitten. Der Ort Broich im Kreise Gladbach steht ganz unter Wasser und einem weiten See, aus dem Häuser und Bäume herausragen.

— **Bräute nicht der Mörder von Strausberg.** Bericht der tschechoslowakischen Kriminalpolizei ist die Mitteilung des Attentäters auf Spindelmühle mit der des Mörders Karl Bräute aus Berlin erwiesen. Eine Verbindung zum Mord an der Gräfin Langsdorff besteht jedoch nicht.

— **Der Antisler-Prozess.** Im Antisler-Prozess Rechtsanwalt Engelbert vernommen, der das Begleitpersonal des Antislars zu dem verurteilten Status der Staatsbankrottisten hatte. Das Gericht setzte dann die Vernehmung früherer Staatsbankrottisten Dr. Rube fort. Der Angeklagte Karl Bräute aus Berlin erwiesen. Eine Verbindung zum Mord an der Gräfin Langsdorff besteht jedoch nicht.

— **Ein Knabe von einem Bären zerfleischt.** Ein Mann, der die Herrschaft über sein Fahrrad verloren hatte, fuhr in Bern gegen die Mauer des Bärengeheges und in den Graben hinunter. Fast gleichzeitig stürzte ein 10-jähriger Knabe in den Graben. Während dem Ersteren, den die unbehelligt liegende, ein Seil zugeworfen werden konnte, er aus dem Graben kletterte, stürzten sich die Bären auf den Knaben, der eine blutende Wunde erhalten hatte. Die Bären rissen dem Knaben eine Schulter weg und den Bauch auf, daß die Eingeweide bloß lagen. Dem Bärenwärter gelang unter Lebensgefahr schließlich, den Knaben zu befreien, hoffnungslos im Zustand ins Spital gebracht wurde.

— **Hochwasser in Luxemburg.** Infolge der starken Regenfälle der letzten Tage schwellen sämtliche Flüsse umfassen an und überschwemmen besonders die im vollen Grasstehen stehenden Wiesentäler der Mosel zwischen Grevenmacher und Trier. Der Sturm und große Regengüsse richteten großen Schaden an.

— **Erhöhung des Brotpreises in Italien.** „Agenzia Roma“ bringt aus verschiedenen Provinzen die Nachricht, die Brotpreise erneut erhöht worden sind und zwar in den Provinzen um 5 bis 35 Centesimi. Die Agentur in Weimara, daß die Brotpreissteigerung dem Umfange

Das einsame Schloß.

Roman von Erich Ebenstein.

Urheberschutz durch Stuttgarter Romanzentrale
G. Ackermann, Stuttgart.

„In der Nähe der Sunda-Inseln. Es wurde auf dem Schiff sogleich ein Protokoll über den Unfall aufgenommen und vom Kapitän, sowie allen Beteiligten unterfertigt, worauf der Kapitän das Gepäc des Verunglückten in Verwahrung nahm und nach der Ankunft in Amsterdam bei Gericht deponierte. Dort liegt es noch samt einer Abschrift des Protokolls, denn bislang ist es nicht gelungen, Angehörige Herrn Münzers ausfindig zu machen. Das Originalprotokoll liegt auf dem Schiffsbüro der Reederei, denen der „Van Zooylen“ gehört.“

„Sie haben es gesehen?“

„Ja. Und eben jene Urkunde erweckte in mir die Vermutung, die Sie so sehr überraschte. Meinrich von Rosenschwert hat sie selbstverständlich nämlich mitunterzeichnet und auf Veranlassung des Kapitäns seine eigenen Wahrscheinungen in kurzen Worten eigenhändig niedergeschrieben. Der Kapitän wünschte dies darum, weil er sozusagen der einzige Augenzeuge des Unglücksfalles war. Zwar soll sich noch ein Steward in der Nähe befunden haben, doch sagt dieser aus, daß er der Dunkelheit halber nichts wahrnehmen konnte und erst aufmerksam wurde, als er den Körper des Unglücklichen im Wasser aufschlagen hörte.“

„Und was fiel Ihnen an der Urkunde auf?“

„Die Schrift Rosenschwerts. Ich habe ein sehr gutes Gedächtnis für Handschriften und las das Tagebuch des Toten wiederholt durch, da ich hoffte, darin einen Anhaltspunkt für die Aufklärung zu finden. Nun — die

Schrift der Urkunde war eine total andere als die des Tagebuches, wie ich auf den ersten Blick erkannte.“

„Aber mein Gott, wie ist das möglich?“

„Das fragte ich mich auch, bis mir plötzlich der Verdacht aufstieg, der Tote sei vielleicht gar nicht Richard Münzer, sondern Meinrich Rosenschwert selbst gewesen, dessen Stelle der erstere dann nach dem Unglücksfall — wenn es überhaupt ein solcher war — einnahm. Sie sehen mich erstaunt an, und der Gedanke erscheint Ihnen wohl verrückt?“

„Das nicht. Aber sehr unwahrscheinlich, ja fast unmöglich. Die beiden bestiegen doch zusammen schon in Sydney das Schiff, und bis zu den Sunda-Inseln ist es immerhin ein Stück Weges! Alle Leute auf dem Schiff müssen sie gekannt haben!“

„Ganz richtig. Wenn sie beide unter ihren wahren Namen reisten und nicht schon von Anfang an aus bestimmten Gründen die Rollen tauschten.“

„Welche Gründe könnten das sein?“

„Die Kriegsverhältnisse! Das Schiff mußte über englisches Gebiet, und wenn Meinrich Rosenschwert auch längst über die Jahre der Militärflicht hinaus war, so weiß man doch, daß die Willkür der Engländer deutschen Staatsangehörigen, selbst wenn sie alt, ja sogar front sind, die größten Schwierigkeiten in den Weg legt, wenn sie jetzt in ihre Heimat zurückkehren wollen. Man hat ja bereits einige Fälle erlebt, wo man alte, harmlose Reisende unter den niedrigsten Vorwänden der Spionage bezichtigt und sie ins Internierungslager brachte.“

„Hielten die Engländer auch Reisende von neutralen Schiffen herunter?“

„Auch von da“, erwiderte Hempel. „Nun war Rosenschwert durch seinen Vater, der seine österreichischen Heimatrechte nie aufgab, Oesterreicher, Richard Münzer da-

gegen amerikanischer Staatsbürger. Und letzteren mochte die Engländer nichts in den Weg zu legen. Da Herr Rosenschwert all dies gewiß auch wußte, ist es sehr möglich, daß er seinem Sekretär gegen eine entsprechende materielle Sicherstellung vorschlug, die Rollen zu tauschen. Ihn drängte es zur Heimat. Er war ein reicher Mann und hatte für den Abend seines Lebens noch eine Anzahl vor sich. Da er alt war, hatte er keine Zeit zu verlieren. Für ihn wäre es ein bitterer Schlag gewesen, von den Engländern aufgehalten zu werden. Münzer dagegen hatte bei dem Tausch wenig zu verlieren. Schlimmstenfalls mußte er sich für einige Zeit in ein Internierungslager bringen lassen, gewann aber dafür aller Wahrscheinlichkeit nach die Gewissheit, sein Leben später als unabhängiger Mann vollenden zu können. Und auch er war ja nicht mehr jung. Die Aussicht, bis zu seinem Tode fremden Diensten zu stehen, war gewiß nicht verlockend für ihn.“

„Wenn man es so betrachtet, hat die Sache ja eine Wahrscheinlichkeit für sich“, meinte Hella nachdenklich.

„Immerhin ist es nur eine — Annahme! Haben Sie noch weitere Punkte gefunden, die dafür sprechen?“

„Ja. Es gelang mir, einen holländischen Kaufmann zu sprechen, der die Ueberfahrt auf dem „Van Zooylen“ mitgemacht und beide Männer gekannt hat. Er schenkte dem Sekretär, der sein Tischnachbar war, als einen Abschiedsgeschenk, vornehmen und gebildeten Herrn von tadellosen Manieren, während Herr von Rosenschwert ihm als ein äußerst verschlossener, unliebenswürdiger Mensch in Erinnerung ist, den niemand auf dem Schiff recht mochte.“

(Fortsetzung folgt.)

Letzte Nachrichten.

Die Höchsthöhe für die Erwerbslosenfürsorge.
Berlin, 19. Mai. Der Reichsarbeitsminister hat ent-
sprechend einem Beschluß des Reichstages die zur Zeit gel-
tende Höchsthöhe in der Erwerbslosenfürsorge bis zum 3. Juli
verlängert.

Die englische Kohlentriebe.
London, 19. Mai. Wie verlautet, soll bei den Verhandlungen der Regierung mit dem Vollzugsausschuß des Arbeiterverbandes Premierminister Baldwin den Vorschlag gemacht haben, die Minimallöhne auf sämtlichen Bergwerken mit sofortiger Wirkung um 10 Prozent zu kürzen.

Merikanische Einwanderungsinspektoren in Deutschland.
New York, 19. Mai. Demnächst begeben sich mehrere
merikanische Einwanderungsinspektoren nach den deutschen
Seehäfen, um ab 1. Juli d. J. dort statt in Ellis
die Untersuchung der Personen vorzunehmen, die
den Vereinigten Staaten auswandern wollen.

Amerika, Hindenburg und Marx.
New York, 19. Mai. Die „New York Times“ schreibt: Die Ernennung des früheren Reichspräsidenten Hindenburg zum Vizepräsidenten der Union, Dr. Marx, zum Reichsfinanzminister zeugt für die Loyalität des Reichspräsidenten gegenüber der Republik. Man ersieht daraus auch, daß das Verantwortlichkeitsgefühl der führenden deutschen Politiker nicht auf eine Partei beschränkt ist. Die „New York World“ hebt hervor, daß der kabinettäre Marx die auswärtige Politik des Kabinetts Lutherzweig und sagt: Für den Frieden Europas ist von Bedeutung, daß die deutsche Regierung ihr internationales Programm zu bewundernswürdiger Weisheit entwickelt.

Aus Nahe und Fern.

Kreistagsſitzung
des Landkreiſes Wiesbaden

vom 17. Mai.

Die Kreisausschußmitglieder und sämtliche Kreistagsabgeordneten hatten sich zu der Tagung eingefunden, die nach einer kurzen Begrüßung der neuen Kreistagsabgeordneten Birt und Wagner (Dohheim) und des früheren Kreistagsmitgliedes Kraus-Biebrich eröffnet wurde. Einem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion des Kreistages entsprechend, folgte dann eine Aussprache über den gegenwärtigen Stand der Eingemeindungsfrage. Abg. Großer brachte scharfe Kritik an dem Herrn Landrat betr. dessen Verhalten in der Eingemeindungsfrage und stellt namens der sozialdemokratischen Partei folgenden Antrag: „Der Kreistag mißbilligt das Verhalten des Landrats in der Eingemeindungsfrage und erhebt gleichzeitig schärfsten Protest.“ Landrat Schlitt verteidigt sich in längerer Ausführung und weist vor allem auch nach, daß der Landkreis Wiesbaden in sozialer Hinsicht so gut versorgt ist, wie kaum ein anderer preussischer Landkreis. Abg. Krauß gibt folgende Erklärung ab: „Die deutsche demokratische Partei mißbilligt die Haltung des Herrn Landrats bezüglich der Anwesenheit des Eingemeindungsausschusses in Sonnenberg. Die deutsche demokratische Partei findet aber in der Haltung des Herrn Landrats keinen hinreichenden Grund, ihm das Vertrauen zu entziehen und wird daher gegen den Mißtrauensantrag stimmen.“ Auch das Zentrum hielt den Antrag der sozialdemokratischen Partei nicht hinreichend begründet. Durch namentliche Abstimmung lehnte der Kreistag den Antrag ab.

Die Abg. Rektor Schneider und Georg Hübchmann hatten die Rechnung der Kreiskommunallasse für 1925 geprüft und in musterhafter Ordnung gefunden. Die erbetene Entlastung der Kasse wurde erteilt.

Die vom Kreisausschuß vorgelegte Geschäftsordnung für den Kreistag wurde einer Kommission überwiesen, bestehend aus den Abg. Fraund, Großer, Wagner, Köhler, Kugel und Bach. Erneuerungsbedürftig ist die bisherige Geschäftsordnung schon mit Rücksicht auf das Wahlgesetz für die Provinziallandtage und Kreistage v. 7. Oktober 1925.

Herr Alfred Müller wird als Beamter der Kreissparkasse Wiesbaden-Land angestellt. Die Anstellungsbedingungen regelt der Kreisausschuß mit dem Sparkassenvorstand.

Die vom Bezirksauschuss abgeänderte Jagdsteuerordnung wurde genehmigt. — Es erfolgte dann die Wahl der Berathenspersonen für die Amtsgerichtsaussschüsse zur Wahl der Schöffen und Geschworenen für das Jahr 1927. Für den Amtsgerichtsbezirk Wiesbaden wurden bestimmt: Geschäftsführer K. Großer-Biebrich, Gast- und Landwirt A. Kiefer-Muringen und Landesbankoberbuchhalter Gruber-Dagheim. Für den Amtsgerichtsbezirk Hochheim wurden gewählt: Landwirt Hirschmann jr. (Hochheim), Landwirt B. Schall (Widder), Landwirt W. Born 1. (Wallau), Jos. Krämer (Hochheim), Landwirt W. Rünzheimer (Dellensheim), Bürgermeister Laut (Flörsheim) und Maurer A. Diehl (Massenheim). Anschließend erfolgte die Wahl von Steueraussschussmitgliedern für das Finanzamt in Wiesbaden. — Den vom Herrn Regierungspräsident in Wiesbaden verfügten Abänderungen der Befoldungsvorschriften des Landkreises Wiesbaden wurde zugestimmt mit dem Zusatz, daß die jetzigen Beamten in ihren bisherigen Gehaltsbezug keine Kürzung erleiden. — Abg. Dietrich hatte folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht: Beschlußfassung über die Errichtung einer Landtrankenkasse im Landkreis Wiesbaden. Der nächste Kreistag wird sich mit dieser Sache eingehend beschäftigen. — Auch der von den Abg. Fraund, Best und Feich eingebrachte Antrag betr. Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen wird dann erörtert werden. Abg. Schwarz brachte

die Wasserversorgung in Flörsheim zur Sprache. Landrat Schlitt hat in dieser wichtigen Angelegenheit bereits tagelang mit dem Magistrat der Stadt Frankfurt verhandelt. Das Projekt wird in Bälde ausgeführt. Abg. Krauß richtete an den Kreisausschuß die Bitte, den Kreishaushaltungsvoranschlag möglichst schnell vorlegen zu wollen.

△ Wiesbaden. 61. Kommunalalltag für den Regierungsbezirk Wiesbaden.) Im Landeshaus wurde durch Regierungspräsident Ehrler als Vertreter des Staatskommissars der preussischen Regierung der 61. Kommunalalltag eröffnet. Der Regierungspräsident wies auf die außerordentliche wirtschaftliche Noth hin, die weiterhin schwer auf das deutsche Volk drücke, wenn sich auch eine kleine Besserung in mancher Hinsicht bemerkbar mache. Die Abgeordneten möchten im Rahmen des Möglichen alles tun, um eine Erleichterung der Lage im Regierungsbezirk Wiesbaden herbeizuführen. Die Lastenalltag, die vollständige Neuerschaffung der unter dem modernen Verkehrsmittel des Kraftwagens stark mitgenommenen Bezirksstraßen seien Aufgaben von größter wirtschaftlicher Bedeutung, aber auch mit großen Kosten verknüpft, weshalb auch die Kommunalanleihe keinen Aufschub erleiden könne. Auch die Uebernahme der Saatzkredite sei unerlässlich, da hiervon die Existenz großer Teile der Bewohner unseres Bezirkes abhängig sei. Der Regierungspräsident bat zum Schluß, daß sich die Abgeordneten nach bestem Wissen und Können auch bei den diesmaligen Verhandlungen für das Wohl des schönen Nassauer Landes einsetzen möchten.

△ Mainz. Mit dem Messer gegen den Schwieger-
vater.) In einer Wirtschaft kam es zwischen dem Wirt und
seinem zukünftigen Schwiegerjohn zu Auseinandersetzungen
in deren Verlauf der Schwiegerjohn dem Wirt mehrere Messer-
stiche versetzte. Hinzukommende Polizei beendete den Kampf.
Der Täter wurde angezeigt.

Δ Frankfurt a. M. (Die Verbrecherfamilie Gens.) Der Kriminalpolizei in Kassel ist es gelungen, zwei verurtheilte und langgesuchte Einbrecher in Sacha an der Werft festzunehmen, auf deren Konto zahllose Einbrüche und Diebstähle, die im Vertheile verurtheilt wurden, entfallen. Es handelt sich um die beiden Arbeiter Otto Gens und Adolf Seiwitz. Otto Gens ist der Bruder des am 5. Mai vom Schwurgericht wegen Ermordung des Kriminalbeamten Sad zum Tode verurtheilten Anton Gens.

△ Frankfurt a. M. (Der Frankfurter Waldhe-
tag 1926.) Auch in diesem Jahre wird der sogenannte
Waldhestag in Frankfurt a. M. abgehalten, und zwar am
Dienstag, 25. Mai. Als Festplatz ist, wie in früheren Jahren,
der inzwischen Mörsefelder Landstraße und Schwarze Steinlaube
gelegene Waldbistrikt an der Schwarzen Steinlaube vorgebe-
der Beginn ist auf 2 Uhr nachmittags festgesetzt. Mit Eintri-
der Dunkelheit muß der Schanzbetrieb und der Betrieb d.
Guthartelsteigstraße eingestellt und der Wald geräumt werden.

△ Hähnlein. (Tödlicher Unglücksfall.) Das Pferd eines Fuhrwerks, das in der Nähe der Eisenbahnhaltestelle scherte, raste mit dem Wagen gegen einen Baum. Eine Frau, die hinter diesem Baum Schutz gesucht hatte, drang in abbrechende Deichsel in die Brust und verletzte die Lunge. Sie starb an ihren Verletzungen.

Δ **Lich.** Die Lungenseuche in Oberhessen.
 Der Lungenseuche unter dem Viehbestand der Vider Gege-
 broht nunmehr der ganze Viehbestand von Lich zum Opfe-
 fallen. Bei den Tieren werden Blutproben vorgenommen, u-
 sie werden abgeschlachtet, wenn Seuchenverdacht besteht.
 Lich selbst sind im December 60 Stück Vieh des Kurfürst-
 Hofguts geschlachtet worden. Im Januar und zu Ofe-
 erfolgten weitere Schlachtungen, und nunmehr werden weit-
 fereit zur Abschachtung bestimmt. Man steht vor ein-
 Rästel, da es sich um eine außerordentliche Vieherkrank-
 handelt, die in dieser Form in ganz Deutschland nur in
 Provinz Sachsen bei Magdeburg einen zweiten Herd zu
 ften scheint.

41 Jahre alter Kraftwagenführer aus Großen-Linden
in dem Dorfe Nieder-Allein im Kreise Kirchhain beim
bringen eines Fasses in den Keller eines dortigen Gastw.
mit der aufsteigend schlecht isolierten 220 Volt starken
trischen Leitung in Berührung und erlitt einen tödlichen
trischen Schlag.

Mainz. (Der Reichskommisſar für
 beſetzten Gebiete in Mainz.) Der Reichskommis-
 für die beſetzten Gebiete, Freiherr Langwerth von Simm-
 weille in Mainz, wo er mit dem Landeskommisſar für
 beſetzten heſſiſchen Gebiete, den Parlamentariern und den
 der Beſetzung intereſſirten Behörden längere Beratun-
 g hatte und die Wünſche entgegennahm.

Δ Darmstadt. (Hessens Ausfallgarantie
Rußland.) Im Landtag ist der Entwurf eines Ge-
setzes über die Uebernahme einer Ausfallgarantie des Landes He-
ssen für Lieferungsgegeschäfte nach Rußland zugegangen. Es
besteht sich hier um den sogenannten Rußlandcredit in Höhe
300 Millionen Mark, für den das Reich und eine Anzahl
Länder bereits die Ausfallbürgschaft in Höhe von 25 Pro-
cent übernommen haben. In der Vorlage heißt es Der Be-
trag wird von den hessischen Industrie- und Handelskammern
notwendig erachtet. Verschiedene Firmen haben bereits
Interesse für das russische Geschäft bekundet. Wenn ro-
man weiß finanzieller und politischer Bedenken der Geiegent-
eingetragen wurde, so geschah dies deshalb, weil man sich
von einer Belebung des hessischen Geschäfts und hiermit
Herabminderung der in ganz Hessen hohen Erwerbslosen
verspricht. Es wird für angemessen erachtet, wenn diese
Ausfallgarantie zunächst auf eine Million Mark beschränkt
wird. Es hat fünf Millionen übernommen. Es wird dafür ge-
fordert, daß nur solche Firmen zu dem Lieferungsgegeschäfte
gelassen werden, die Arbeiter aus hessischen Orten beschäf-
tigen damit tatsächlich eine Erleichterung auf dem hessischen Ar-
beitsmarkt eintritt.

△ Darmstadt. (Genehmigung der Stra-
bahnlinie Darmstadt — Griesheim.) Ra-
die Straßenbahnlinie Darmstadt — Griesheim der elek-
trischen Bahn von der Behörde genehmigt worden ist, wird in-
folge mit dem Bau begonnen werden. In Griesheim wird
diese Tatsache zweifellos mit großer Genehmigung be-
grüßt, zumal der Ort seit seiner Befestigung durch die Franzosen
seit langen Jahren zuwunehmen Kleinbahnverkehr mit
Darmstadt hat emblemen müssen. Die Ausführung des Baues
schon seit längerer Zeit der Gegenstand von Verhandlungen
war, die aber besonders hinsichtlich der von der Stadt ver-
langten Garantien erst vor kurzem zu einer Verständigung
geführt haben.

Δ Darmstadt. (Tagung des Provinzialland-
tages der heßischen Provinz Starkenburg.)
Am 29. Mai tritt im städtischen Saalbau im Stadtverordneten-
saal der Provinziallandtag der Provinz Starkenburg zu einer
öffentlichen Sitzung zusammen.

△ Sprendlingen. (Ein Bubenstreich.) Unbekannte Täter haben in einem dem Bürgermeister gehörenden Weinberg sämtliche Bogenreben abgetreten oder abgeschnitten, so daß der Ertrag für dieses und auch für das nächste Jahr vernichtet ist. Es wird ein Racheakt vermutet.

Δ Offenbach. (Unfall bei einer Bootstaufe.) Der Ruderklub Germania hielt die Taufe eines neuen Bierers ohne Steuernmann ab. Als die nach dem feierlichen Tauffest veranstaltete Auffahrt beendigt und die Boote schon wieder an Land gebracht waren, kam ein starker Wind auf, der das neue Boot auf die Hofenmauer schleuderte, wodurch es völlig zertrümmert wurde. Der Klub ist durch dieses Mißgeschick der Möglichkeit beraubt, in dieser Bootsgattung zu trainieren was besonders bedauert werden muß, da der Klub im vorigen Jahre im Bierre ohne Steuernmann die Meisterschaft im Süd-Deutschen Ruderverband hatte erringen können.

△ Frankfurt a. M. (Beim Zusammenstoß mit einem Kraftwagen ums Leben gekommen. Eine Frau, die aus dem Fahrrad die abschüssige Kammergasse hinabfuhr, wurde in dem Augenblick, als sie auf die Gasse gelangte, von einem vorbeifahrenden Personenkraftwagen erfaßt. Sie erlitt bei ihrem Sturz so schwere Verletzungen, daß sie kurz nach ihrer Einlieferung in das Städtische Krankenhaus starb. Wer die Schuld an dem Unfall trägt, ist noch nicht ermittelt.

Enfates.

Klorsheim am Main, den 20. Mai 1926.

Rheinfahrt. Am vergangenen Sonntag weilte der Höchster „Fischerverein“ mit dem hiesigen Motorboot „Sonne“ am Rhein und gestaffelte sich die Fahrt zur Zufriedenheit aller Teilnehmer. Am 1. und 2. Pfingstfeiertag fährt das Boot abermals nach Altmannshausen. Näher über die Abfahrt usw. ist aus heutigem Inzeratenteil ersichtlich.

Fußball. Der hiesige Sp.-B. 09 wollte am letzten Sonntag in Unterliederbach und mußte eine unerdiente Niederlage mit nach Hause nehmen. Durch 2 harte Elfmeterentscheidungen mußten sich die Hiesigen mit 3:2 geschlagen beugen, obwohl sie teilweise stark überlegen waren. kommenden Spiele auf hiesigem Plage müssen unbedingt gewonnen werden, sonst ist an ein Aufsteigen nicht zu denken.

Handballwerbetag. Der Werbetag der Handball-
 lung des Turn-Vereins zeigte, daß die Abteilung sich
 reger Entwicklung befindet. Die Resultate der einzel-
 neren Spiele: 1. Schülermannschaft Flörsheim — T.B. Bieb-
 2. Jgd. 2:1, 1. Jgd. Flörsheim — 1. Jgd. T.B. Bieb-
 4:1, 2. Mannschaft Flörsheim — 2. Mannschaft Frank-
 2:2, 2. Damenelf „Eintracht“ Frankfurt — 1. Dame-
 Fechtclub Frankfurt 4:1, 1. Mannschaft T.B. Flörsheim
 1. Mannschaft „Eintracht“ Frankfurt 3:5.

Wetterbericht. Keine wesentliche Veränderung.
Die Reichsbankkredite für die Landwirtschaft.
vom Reichsbankpräsidenten in Darmstadt verhandelte Pro-
jektion der Reichsbank für die diesjährige Ernte wird nicht
Gewährung direkter Reichsbankkreditlinien, sondern
Diskontierung von Wechseln bestehen, die die Landwirth-
schaft auf Ablieferung des Getreides auf die Genossenschaften zu-
und die mit dem Gire der Preussenkasse der Reichsbank
gelegt werden sollen. Der in Frage kommende Betrag
in landwirthschaftlichen Kreisen auf 200 bis 300 Milli-
onen Mark taxirt. Es soll der Landwirtschaft auf diese Weise
Vorschuß von etwa 60 Prozent des abgelieferten Getre-
ides, um Nothverläufe möglichst zu vermeiden.

Das moderne Verkehrsmittel.

Die verschiedenen Krachten der Flugzeit

Eine dringende Geldsendung der Bank von England, die österreichische National-Bank, bestehend aus 820 Kg. (= 2 Millionen Mark) in 15 Goldbarren, wurde auf dem Weg von London über München nach Wien befördert. Die Flugsendung startete mit der kostbaren Ladung, 5 Passagieren und 100 Kg. Blumen an einem Mittwochnachmittag nach Frankfurt, und die Geldsendung gelangte bereits am Donnerstagnachmittag an seinen Bestimmungsort in Wien.

Es wurde in der letzten Zeit beobachtet, daß gewisse
 fel für die Beförderung durch das Flugzeug von London
 München und Wien besonders benützt werden. Es
 dies: Tennishälle, englische Wollstoffe, Seidenwaren
 Motorenteile. Als ganz originale Fracht konnte vor fu
 eine geschlachtete Gans, die auf dem Luftweg von Wien
 München befördert wurde, verzeichnet werden.

Ein Sonderflugszeug der Imperial Airways Ltd. landete, mit Zwischenlandung über Basel fliegend, auf Flugplatz Oberwiesfeld bei München. Es brachte den eines jungen Engländers, der in einer Münchener schwerkrank darniederliegt. Das Flugzeug sollte dem ermöglichen, den Sohn noch lebend anzutreffen.

Katholischer Gottesdienst.

Freitag 6 Uhr hl. Messe im Krankenhaus, 6.30 Uhr 2. See
für Elisabeth Nauheimer, 8 Uhr Mariendacht.
Samstag Vigiliantag, 6 Uhr hl. Messe zu Ehren des hl.
in Scheiterhaus, 6.30 Uhr Brautamt.

Israelitijher Gottesdienst.

Samstag, den 22. Mai 1926. Sabbat. Hohe.

7.45 Uhr	Abendgottesdienst.
9.00 Uhr	Morgengottesdienst.
9.00 Uhr	Mittagsgebet. P. 1.
9.10 Uhr	Sabbatausgang.

Befestimmungen der Gemeinde Flörsheim.

Der Tierarzt Dr. Schaaf teilt mit, daß er hier
nächsten Tagen Schuimpfungen gegen Schweine-
vornimmt. Anmeldungen können in der hiesigen A.
erfolgen.

Die Polizeiverwaltung gez. D

